



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die braunschweiger Besprechungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

rein persönliche oder dynastische Beziehung die Wahrheit über ein so bedenkliches Verhältniß verdunkeln? Es mag seine Weile angehen, zwischen Frankreich und Rußland mit Nutzen hundertberzuseuern; auf die Dauer aber ist es gewiß sicherer und förderlicher, eine dieser beiden nachbarlichen Großmächte in zeitgemäßen, unserer Politik verwandten Bestrebungen zu ermuntern, welche sie mit der anderen wirksam auseinandehalten müssen, und dafür bietet sich, wie bei der Vorsehung bestellt, die skandinavische Idee (dar) die seit Jahren auf Napoleon des Dritten europäischem Aktionsprogramm steht.

Die braunschweiger Besprechungen.

Die verschiedenen Kreise thätiger Vaterlandsfreunde, welche am 14. in Braunschweig zusammentraten, fanden ihre kurze gemeinschaftliche Thätigkeit nicht viel vorbrechend vorbereitet. Den ersten Anstoß zur Hervorrufung derselben hatte bekanntlich eine Nachmittagszusammenkunft beim Grafen Eulenburg in Berlin gegeben, an welcher von dort die Herren Mag. Dücker, Seidel und Michaelis, von auswärts die Herren v. Bennigsen, Miquel, Grumbrecht aus Hannover, Biedermann aus Leipzig und Fr. Dettler aus Kassel theilnahmen. Diese Zusammenkunft war offenbar ein vorgerichtetes Unternehmen; sie ging keineswegs vom Grafen Bismarck aus, dessen Antheil und Leitung doch allein ihren Beschlüssen hätte die Bürgschaft der Ausführung geben können, so weit es sich um die preussische Regierung handelte, und den berufenen unabhängigen Politikern folglich eine Gewähr daß sie sich nicht nutzlos compromittirten. Als die Führer des Nationalvereins dies entdeckten, zogen sie sich so geschwind und vollständig wie möglich aus der Affaire. Das von den Urhebern beabsichtigte Vorparlament — eine Idee, die schon an sich in eine militärische Revolution von oben herunter selbstsam hineinpaste — fiel zu Boden. Der Abgeordnetentag, den einer der unabhängigen Politiker statt dessen empfahl, scheiterte daran, daß die in Frankfurt wohnenden bedeutlichen Geschäftsführer die Berufung erklärlich genug ablehnten, und eine Berufung kraft eigener Autorität nicht in den Wünschen der Herren v. Bennigsen, Miquel und Dettler lag. So wäre denn aus dem ganzen in der Presse geräuschvoll hervorgehobenen Plane nichts geworden, wenn nicht inzwischen schon einige andere Körperschaften zum 4. August nach Braunschweig berufen worden wären, nämlich die ständige Deputation des Congresses deutscher Volkswirthe, nebst einer Anzahl regelmäßiger Besucher des Congresses, ferner der Ausschuß des deutschen Handeltags und der Ausschuß des Nationalvereins. Diese Zusammenkünfte wurden nicht wieder abgefagt, als der Abgeordnetentag sich unausführbar zeigte. Zugleich nahm Professor Biedermann in der ersten Stunde den berliner Vorparlamentsgedanken in anspruchsloser Form wieder auf, indem er persönlich zu einer freien Versammlung alter Parlamentsmitglieder, gegenwärtiger Volkvertreter, Arbeitervereinsvorsteher u. dgl. m. einlud.

Die letztgenannte Versammlung ist nicht förmlich zu Stande gekommen. In dessen waren es doch die zu ihr erschienenen Politiker, auf deren Wunsch und Anregung Abends eine auch den Bewohnern Braunschweigs zugängliche allgemeine Redeversammlung — nicht Besprechung — stattfand, aus welcher, Dank dem zweckmäßigen Eingreifen der Herren v. Bennigsen und Biedermann, zwei wirkliche politische Ergebnisse hervorgingen.

Das erste dieser Ergebnisse betraf die verhängnißvolle Frage der Mainlinie. Es schien dem Vorstehenden, als bestände darüber zwischen den Ausschußmitgliedern des

Handelstages und den anwesenden Volkswirthen eine große Differenz; als hätten die ersteren sich den vollen Ernst der Lage nicht recht klar gemacht. Indessen ergab die nun folgende Erörterung, an der von Seiten des Handelstags die Herren Weigel aus Kassel und A. v. Sybel aus Düsseldorf theilnahmen, von Seiten des volkswirtschaftlichen Congresses die Herren Wolff aus Stettin, Albrecht aus Hannover und Emminghaus aus Karlsruhe, daß die Ansichten im Grunde gar so weit nicht auseinandergingen. Im Wesentlichen waren alle darin einig, daß die politische Einigung von ganz Deutschland niemals aufzugeben sei, die wirtschaftliche Einheit im Zollverein wo irgendmöglich selbst dann aufrecht zu erhalten, wenn der Bundesstaat einstweilen nicht alle deutsche Staaten umfasse, — daß es aber in beiderlei Hinsicht wesentlich an der Bevölkerung des Südens sei, ihre Aufnahme in den Bundesstaat oder die Erhaltung der bestehenden Zolleinheit durch einen hinlänglich starken Druck auf widerstrebende Regierungen oder Parteien zu erzwingen, nicht aber des Nordens Sache, auf sie zu warten mit der eigenen politischen Constituirung oder aus Rücksicht auf sie von den für nothwendig erkannten Bedingungen der nationalen Einheit etwas zu opfern. Als solche Bedingungen hatte die volkswirtschaftliche Versammlung bereits constatirt, daß das gemeinsame Zollwesen künftighin von Centralgewalt und Parlament des deutschen Bundesstaats geleitet werden müsse (wobei vielleicht mehr aus Versehen als aus Absicht unterlassen war zu bemerken, daß im Falle des Fortbestands selbständiger deutscher Staaten neben dem preussisch-deutschen Bundesstaat diese für Zollsachen ebenfalls das Recht hätten Abgeordnete zu stellen), — und constatirte die Abendversammlung weiter, daß das Bundesheer fortan eine absolute Einheit sein müsse, ausgehoben und verwaltet nach demselben Gesetz durch das ganze Land, geleitet ausschließlich und ohne Antheil der übrigen Regierungen von dem König von Preußen oder Kaiser der Deutschen. Diese Ausführliche, einhellig gefaßt von einer so großen, gemischten, gut repräsentirenden Versammlung, sind in der That bedeutsame Vorbereitungen für die Arbeit des Parlaments.

Die versammelten Volkswirthe lieferten aber noch weiteren gleichartigen Ertrag. Sie stellten fest, daß das Budget des künftigen Bundes auf unmittelbaren Einnahmequellen, nicht auf Matricularbeiträgen der Einzelstaaten beruhen müsse, und bezeichneten als solche zunächst Zölle, Post und Telegraph, womit zugleich die letzteren als reine Bundesfache in Anspruch genommen waren. Sie verlangten ferner, daß das Bundesbudget in ein festes und ein wandelbares geschieden werde, wobei das erstere ein für alle Mal durch Gesetz, das letztere alljährlich durch freie Bewilligung des Parlaments festzustellen sei. Demnächst erklärten sie sich für allgemeine und unbedingte Freizügigkeit im Bunde, sowie für den Wegfall aller Monopole, namentlich des Salzmonopols. An die Stelle des letzteren soll eine Verbindung von Eingangszoll und Productionsteuer treten, — womit, beiläufig bemerkt, der einzige triftige finanzielle Grund gegen die Einverleibung der eroberten Länder in Preußen hinwegfällt. Endlich wurde gefordert, daß die gesetzliche Regelung des Eisenbahnwesens durchgängig ebenfalls Bundes- oder Reichs Sache werde.

Der Handelstagsausschuß scheint sich weniger eingehend mit den ihn näher berührenden Seiten der Neugestaltung Deutschlands beschäftigt zu haben. Er begnügte sich in dieser Beziehung seinen Auftraggebern, den sämtlichen deutschen Handelskammern zu empfehlen, daß sie für geeignete Wahlen ins Parlament Sorge tragen möchten.

Uebrigens hat auch die volkswirtschaftliche Gruppe ihre Aufgabe in Braunschweig keineswegs erschöpft. Abgesehen davon, daß die berührten Gegenstände nicht ohne Nutzen noch viel eingehender hätten behandelt werden können, sind auch so wichtige Fragen wie das Münzwesen, das Bank- und Papiergeldwesen, das Consularwesen, das Gewererecht und andere völlig unberührt geblieben. Es wäre vom

Standpunkt der hier vertretenen praktischen und theoretischen Interessen vielleicht zu wünschen gewesen, man hätte sich zuvor in Braunschweig auf eine allgemeine Eröffnung beschränkt, dann aber Ausschüsse gebildet oder Berichterstatter ernannt, um die noch übrigbleibenden Fragen ersten Rangs und unausschieblicher Dringlichkeit sachgemäß vorzubereiten für einen förmlichen und jedermann zugänglichen Congreß, der sich dann am besten unmittelbar vor der Eröffnung des Parlaments versammelt hätte. Vielleicht läßt sich dieses Versäumte noch auf die eine oder andere Weise nachholen.

In Betreff der Verhandlungen des Nationalvereinsauschusses ist kaum etwas über den engsten Kreis hinausgedrungen, als daß er seine eigentlich politischen Beschlüsse zwei Tage später in Berlin zu fassen sich vorbehielt, nachdem die Thronrede bekannt und über die Partigruppierung im Abgeordnetenhaufe ein vorläufiges Urtheil möglich sei. Doch vernahm man aus den Aeußerungen der Mitglieder so viel, daß sie sich den Forderungen einer gründlich veränderten Lage nicht verschließen. Man begreift, daß die Süddeutschen nicht jede ihnen bisher gezollte Rücksicht gerechtfertigt haben, am wenigsten insofern diese Rücksicht von der gesinnungslos anspruchsvollen Stadt Frankfurt her begehrt wurde. Fortan wird der Nationalverein die preussische Führung ohne allen Abzug auch für Bayern und Württemberg festhalten. Der Entschluß, den Südwesten niemals aufzugeben, wird, so weit es auf ihn ankommt, doch weder die Constituirung des geeinigten größten Theils von Deutschland aufhalten, noch zu Concessionen in den Hauptsachen führen, d. h. namentlich in der militärischen und wirtschaftlichen Einheit. Schwieriger wird es voraussichtlich sein, daß der Ausschuß des Nationalvereins sich eine vollkommen unbefangene Haltung zu den inneren Freiheitsfragen Preußens bewahre. Unmittelbar vertreten ist in ihm nur die bei den Wahlen unterlegene jungliberale Partei; die wieder zu einigen Kräften gekommene altliberale Partei nicht, auch nicht die patriotische kleine Gruppe der Freihändler. Zudem sind die nichtpreussischen Mitglieder des Ausschusses sämmtlich entschiedene Liberale, meist Führer der liberalen Opposition in ihrem Heimathstaat, und auf dem ursprünglichen Bekenntniß des Vereins steht neben der Einheit gleichberechtigt die Freiheit. Endlich war die Haltung und Thätigkeit des Ausschusses während der letzten Jahre wesentlich auf die Annahme gegründet, daß die bisherige Fortschrittspartei im preussischen Verfassungskampf den Sieg der liberalen Principien bei festem Ausharren erkämpfen werde. Es wird daher im Nationalvereinsauschusse eines nicht viel geringeren Maßes verständiger Resignation und rechtzeitiger Selbstbeschränkung bedürfen als im Schoße der preussischen Fortschrittspartei selbst, wenn er sich auch nach dieser Seite hin vor folgenreichen Verstößen bewahren will. Wir rechnen dafür auf die nord- und mitteldeutschen Mitglieder außerhalb Preußens, welche von jeher den Kern des Ausschusses gebildet haben.

Meine Lesefrüchte aus Dresden.

Vieles hat der Sachse, worauf er stolz sein kann; arbeitsam und intelligent, sparsam und häuslich, steht er in den Tugenden des Berufs und der Familie keinem deutschen Stamme nach, den meisten darf er sich mit Recht überlegen fühlen. Auch zu Anerkennung des Fremden ist er bereitwillig, ja er ist darin der gerade Gegensatz des Süddeutschen, er verliert leichter bei der ersten Begegnung sein Selbstgefühl und sucht sich dasselbe hintennach durch Reflexion wieder zurecht zu setzen. Lange war sein Stammeselbstgefühl so gering, daß man vielleicht zu wenig davon